

BÜCHER

## Neue Reue

Jetzt ist Russlands Befreier Michail Gorbatschow Sozialdemokrat an der Spitze einer neuen Partei, da muss er „Russlands Weg ins 21. Jahrhundert“ programmieren\*. Womöglich zu Recht befindet er: „Die sozialistische Idee hat nichts an Bedeutung und historischer Aktualität eingebüßt“; er meint eine Synthese von Individualismus und Kollektivismus. Bei der Gretchenfrage, wie er dabei post festum die sowjetische Version bemisst, wirbt der Taktiker um die Gunst der Genossen von einst: Das Sowjetsystem machte die Modernisierung Russlands möglich, das war keine „verlorene Zeit“. Anders zu denken wäre „ein großer Fehler“. Unter den Bolschewiki wurde das Land in kürzester Zeit in einen „fortschrittlichen Industriestaat“ umgewandelt und überholte gar die USA im Ausstoß von Stahl



und Mähdreschern. Es gab soziale Sicherheit (der Kaserne), die Kultur, die „Aktivitäten der Jugendorganisationen“. Gewiss, der Preis war hoch. Doch über das volle Ausmaß des Terrors wussten nur wenige Bescheid – das kennt man, neu ist die Reue: „Sehr viele“ hielten die Gewaltherrschaft für gerechtfertigt, entschuldigt

Gorbatschow. Er gesteht, noch 1987, nach zwei Jahren Perestroika, habe er vorgeschlagen, die durch Stalin von der Krim vertriebenen Tataren in Mittel-asien „ordentlich unterzubringen“. 1989 ließ er sie endlich zurück auf die Krim. Aber er bleibt dabei: Selbst unter Repression und Deportation „gelang es gerade durch Annäherung und Verschmelzung vielen Völkern, ihre innere Entwicklung voranzutreiben“. Gorbatschow: „Die Oktoberrevolution förderte in riesigen Räumen die Verbreitung der Zivilisation“, in Asien und auch in „Südeuropa“, womit er wohl Jugoslawien meint. Für die Zukunft rät er nun, den Verbund Russland/Weiß-russland um die Ukraine und Kasachstan zu erweitern. Hoffentlich nicht bis Mitteleuropa: In der DDR gab es „einen beachtlichen entwickelten genossenschaftlichen Wirtschaftssektor, der seine Effektivität auch durchaus unter Beweis stellte“. Egon Krenz fände in der russischen Sozialdemokratie seine Heimat.

\* Michail Gorbatschow: „Über mein Land – Russlands Weg ins 21. Jahrhundert“. C. H. Beck Verlag, München; 232 Seiten; 38 Mark.



Bukoshi

KOSOVO

## „Den Hund verscharren“

*Bujar Bukoshi, 52, war vor der Nato-Intervention im Kosovo Ministerpräsident der von der Demokratischen Liga (LDK) geführten Exilregierung. Er verwaltet einen Millionenfonds von Hilfsgeldern albanischer Emigranten.*

**SPiegel:** In Deutschland leben noch etwa 180000 Kosovo-Albaner, die nach 1990 vor serbischen Repressalien geflüchtet sind. Gibt es Gründe, ihre Rückführung zu verzögern? **Bukoshi:** Nein, die Hälfte könnte sofort ins Kosovo heimkehren, auch gegen ihren Willen. Keiner würde auf der Straße sitzen. Hauptgrund ihrer Flucht war der serbische



Kosovo-Albaner in einem Flüchtlingsheim

Genozid. Das ist vorüber, und wir haben kein moralisches Recht, die Gastfreundschaft des deutschen Steuerzahlers weiter zu strapazieren. Der Rest sollte spätestens in zwei Jahren zurück sein.

**SPiegel:** Der Neuaufbau durch die Uno-Verwaltung verläuft schleppend. Sollten die Albaner nicht tatkräftiger mitarbeiten?

**Bukoshi:** Wir haben zehn Monate durch die Unfähigkeit des Uno-Verwalters Bernard Kouchner und der OSZE verloren. Es wur-

URUGUAY

## Die Schatten der Verschollenen

Fünfzehn Jahre nach Ende der Militärdiktatur wird in Uruguay erstmals offen das Schicksal von 159 verschwundenen Staatsbürgern diskutiert. Auslöser war die Bitte des argentinischen Schriftstellers Juan Gelman an die Regierung in Montevideo, ihm bei den Nachforschungen nach dem Aufenthaltsort seiner Enkelin zu helfen. Deren Eltern wurden in Argentinien während der Militärdiktatur verhaftet, der Vater wurde umgebracht. Die hochschwangere Mutter wurde im Rahmen der „Operation Condor“, wie die Zusammenarbeit der südamerikanischen Militärdiktaturen hieß, nach Uruguay verschleppt und später ermordet; ein einheimisches Ehepaar zog das Neugeborene auf. Vorigen Monat informierte der seit dem 1. März amtierende Präsident Jorge Battle den Autor, seine verschollene Enkelin sei ausfindig gemacht worden – woraufhin sich jetzt ehemalige Tupamaros, Angehörige der uruguayischen Stadtguerrilla, erstmals mit dem Verteidigungsminister und Offizieren trafen, um über das Schicksal der anderen Vermissten zu reden. Präsident Battle hatte den Weg zu den Gesprächen freigemacht, als er Anfang April den Chef des Generalstabs der Streitkräfte entließ. Der hatte großspurig verkündet, dass die Militärs „früher oder später“ an die Macht zurückkehren würden, um „die Feinde“ in der Linken zu bekämpfen.



Battle